

Thema verfehlt

Die Vision des Kanzlers

Richard Jilka

Anlässlich der Generaldebatte zum Haushalt für das Jahr 2027 hielt der Bundeskanzler am Mittwoch dem 9. September eine gefühlsgeladene Rede vor dem Deutschen Bundestag. Die krachende Wahlniederlage seiner CDU in Sachsen-Anhalt, mehr noch der erschreckende Wahlsieg der dortigen AfD war dem Kanzler offensichtlich in die Knochen gefahren. Er zeigte sich demonstrativ ungebrochen kämpferisch, als jemand, für den „Aufgeben keine Option“ sei. – Friedrich Merz verdankte seinen Aufstieg an die Spitze der CDU, dann seinen Sieg bei den letzten Bundestagswahlen nicht zuletzt seinen polemisch angriffslustigen Auftritten als Redner. Hernach wirkte er als Verkünder oder Erklärer oder Verteidiger von Regierungshandeln oft eher fade bis hilflos. Die Sachsen-Anhaltinischen Landtagswahlen haben ihm nun wieder einen Gegner beschert, den er angreifen kann. Denn als Angreifer kann sich Friedrich Merz in Hochform zeigen. So nutzte er die Gelegenheit, um den Haushalt 2027, somit die konkreten politischen Pläne seiner Regierung, kämpferisch den politischen Konzepten der AfD entgegenzustellen. Mit seiner rhetorisch zugespitzten, teils aggressiven Rede machte er den Eindruck, als wäre seine Regierung der letzte Schutz unserer Republik vor einer rechtsextremen Machtübernahme. Seine emotionsgeladene Apologie politischer Vernunft, eingebettet in die Verwerfung & Bloßstellung rechtextremer Udemokratie erhielt gelegentlich den Applaus der über seine Koalition hinausgehenden großen Mehrheit der Abgeordneten und versetzte die von ihm als Feinde unserer Republik gebrandmarkten in offensichtliche Empörung und schreiende Wut. Ob es nun ein Herzensanliegen oder ein rhetorischer Taschenspielertrick war, die Politik seiner Regierung, anstatt sie an mehr oder weniger vernünftigen Einwänden der Grünen oder der Linken Opposition im Parlament oder liberaler & sozialer Interessenvertreter in der veröffentlichten Meinung zu messen, sie den teils absonderlich beängstigenden Vorstellungen der AfD entgegenzustellen, um seinem Regieren den Anschein

breiter Zustimmung zu verleihen: der Kanzler lieferte eine Generalabrechnung.

Und wenn vor den Vertretern der Nation Grundsätzliches zur Sprache kommt, dann kann über geschäftliche Abrechnungen hinaus auch das *Wozu* politischen Handelns angesprochen und zum Ausklang einer Grundsatzrede klargestellt werden. Entsprechend stellte der Kanzler die rhetorische Frage: *was das hier alles solle?* Die Repräsentanten unserer Nation werden mit der Frage konfrontiert, worauf es mit ihnen & uns hinaus laufen und was der *Sinn* von dem ganzen Theater ist? Und Friedrich Merz wagt tatsächlich eine Antwort zu geben, wohin uns all dieser Aufwand mit unserer vertrackten Republik und den kniffligen Wahlentscheidungen und dem Für & Wider endloser Debatten führen soll? Dem Rechtsaußengelächter entgegen skizziert Friedrich Merz seine konservative Utopie: „Wir müssen der jungen Generation die Perspektiven geben, die mindestens drei Generationen vor ihnen in Deutschland gehabt haben. Das ist der Sinn unserer Politik.“ Mit Spannung hören wir vom *Sinn* der Politik, somit unserer Republik, von dem, was so bleiben soll, wie es sich seit einigen Generationen hierzulande eingebürgert hat: wir müssen, so des Kanzlers Vision, das „Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen“ für die nachwachsende Generation erneuern & bekräftigen. – Thema verfehlt Herr Kanzler – leider Thema verfehlt & Chance verpaßt. Der Wahlkampf, in dem man den Bürgern nebst vielerlei Bequemlichkeiten niedrigere Steuern, wachsenden Wohlstand, gelegentlich billigeren Benzin mit- samt gesellschaftlicher Anerkennung zu versprechen pflegt, um von ihnen gewählt zu werden, ist vorbei. Der Bundestag ist längst gewählt und eine Bundesregierung hat über Wahlversprechen hinausgehende Verantwortung, was Herr Merz genau weiß. Und indem der Kanzler zur Nation vom Sinn & Zweck unserer Republik spricht, da fällt ihm nur *sozialer Aufstieg & Wohlstandsmehrung* ein?

Für junge oder auch ältere Menschen, die ähnlich wie ihre Eltern in den ungewöhnlichen und tatsächlich bereits erstaunlich lange währenden & beharrlich wachsenden Wohlstand unserer Republik hineingeboren wurden, sind die Bequemlichkeiten durch und die Ausstattungen mit Wohlstand eine Selbstverständlichkeit geworden. Will sagen: das Wohlstandsversprechen ist in der Bundesrepublik, seiner Gefährdung durch aktuelle Zeitumstände sowie seiner gesellschaftlich brisanten Ungleichheit zum Trotz, eine alte Kamelle, mit der man nur wenige Hunde hinter dem Ofen hervorlockt. Die Gewinnmargen des Kapitals sind grandios. Und junge qualifizierte Arbeitnehmer, daran erinnert der beinahe täglich erwähnte „Fach-Kräfte-Mangel“, sind gefragt und verdienen gut und werden aufsteigen, wenn sie möchten. Ihre politischen Fragen richten sich vermehrt auf ihnen angenehme und flexible Arbeitszeitmodel, auf die Vereinbarkeit von Arbeit mit Freizeit und Familie, deren allzumenschliche Wichtigkeiten als Sinne & Zwecke von

Wohlstand zunehmen konnten. Weiterhin stehen Zweck & Sinn von Wohlstand gesellschaftlich zur Diskussion. Zur unabschließbaren politischen Debatte stehen beispielsweise nebst erschwinglichen Wohn- & Lebensqualitäten soziale Sicherheiten und Wünsche nach beständigem Frieden oder gelingendem Zusammenleben... Die gängigen Wünsche nach einem besseren Leben werden überschattet durch die allzu begründete Angst vor ökonomischen, ökologischen, militärischen oder technologischen Bedrohungen. Die Schutzfunktionen des Staates sind also so gefragt wie seit einigen Generationen nicht mehr. Die Unzufriedenheiten der für die Arbeitsmärkte qualifizierten und in sie integrierten Arbeitnehmer haben jedenfalls weitreichendere Ursachen als ihre Einkommens- & Aufstiegschancen. Und auch jenen zwanzig bis dreißig Prozent unserer Bevölkerung im erwerbsfähigen Lebensabschnitt, die nicht ausreichend qualifiziert sind, vielleicht nicht qualifiziert werden können, um in unserer Leistungskonsumgesellschaft angemessen mitmachen zu können, geht es nicht primär um Wohlstandsmehrung und Aufstiegschancen, sondern um ein würdiges Weiter- & Überleben. Während gesellschaftlicher Aufstieg sich im wesentlichen als sozial und rechtlich bedingt erweisen könnte, ist seit mehr denn fünfzig Jahren (Bericht des Club of Rom u.f.) allgemein bekannt, daß ökonomisches Wachstum nicht grenzenlos weitergehen kann, vielmehr unbegrenztes Wohlstandswachstum unsere planetarischen Lebensgrundlagen sowie unsere Gemüter nachhaltig zerstört. Dergleichen sollte der Chef einer Regierung anlässlich von Grundatzdebatten ansprechen.

Wohlstandsmehrung und entsprechende Aufstiegschancen sind tatsächlich weder der Sinn noch der Zweck unserer Republik. Vielmehr sind menschliche Freiheit und Würde bei uns Sinn und Zweck staatlichen Handelns. – Das habe ich mir nicht selber ausgedacht & zurechtgelegt, dergleichen ist nicht eine intellektuelle Schreibtischerfindung. Darauf zielt unser Gesellschaftsvertrag. Ein flüchtiger Blick auf die ersten Seiten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland belehrt einen jeden des Lesens kundigen, daß menschliche Würde und Freiheit zu schützen bei uns Zweck und Sinn allen staatlichen Handelns sind. Wohlstandsmehrung mitsamt sozialen Mobilitäten sowie dem unüberschaubar wachsenden Konsumklimbim sind allenfalls mehr oder weniger angenehme Begleiterscheinungen freiheitlicher, also menschenwürdiger Gesellschaften. – Wie konnte der Kanzler das vergessen? Hat er es überlesen? Oder bleibt sein Denken, was auch immer er gelesen haben mag, im Korsett einer liberal konservativen oder konservativ liberalen Rationalität stecken, die über die vormals erlernten ökonomischen Prinzipien der Mechanismen von Leistung & Konsum im Dienste der Kapitalakkumulation nicht hinauszudenken vermag? Fehlt unserem Kanzler also die Begrifflichkeit für den beängstigend komplexen Transformationsprozeß, den unsere Völker gerade durchleiden? Wenn unse-

re Bundesregierung keine Alternative zum erprobt Bestehenden vor- oder wenigstens nachdenken kann, werden andere Alternativen präsentiert werden. Beschwört unser Kanzler die alten Kamellen von Wohlstandsmehrung und Aufstiegschancen, weil ihm weder Besseres noch Neues einfällt?

Gewiß: landläufig ist es in unserer Gesellschaft üblich geworden, Wohlstandsmehrung mit den eigentlichen Werten & Aufgaben der Republik zu verwechseln. Da wundert es wenig, daß der Kanzler dem allgemein gewordenen Mißverständnis seiner Wähler zu entsprechen sucht. Im allgemein gewordenen Sprachgebrauch wird tagtäglich erwartet, daß demokratische Regierungen „liefern“: nämlich *Wohlstand liefern*, um als legitim angesehen zu werden. Das können Regierungen freiheitlicher Staaten aber nicht, denn wachsender Wohlstand wird hauptsächlich von der in die Weltwirtschaft eingebundenen Wirtschaft erzeugt. Der Wahlsieg des Rechtsextremismus hätte einen guten Anlaß bieten können, dem grundsätzlichen Mißverständnis unserer Republik entgegen Freiheit & Würde hervorzuheben. Würde und Freiheit sind der entscheidende Gegensatz zu den in unsren Tage aus theatralisch musealen Klamottenkisten hervorgezogenen Schlagworten wie Volk Nation Rasse mitsamt der dazugehörigen Zuspitzung unversöhnlicher Gegensätze zwischen einem imaginären Wir und den ihm angeblich Fremden. Gerade und besonders in unseren jetzigen Tagen, in denen Autoritäre Regierungen auf dem Vormarsch sind, weshalb wir mitunter sogar die Wiederkehr des Faschismus zu fürchten haben, wird es mehr denn in gewöhnlichen Zeit notwendig, darauf zu verweisen, das es unserer Republik, ja der Republik und der Demokratie überhaupt vorrangig um Freiheit und Würde geht. Gerade autoritär korrupte Regime können doch dank der Vetternwirtschaft ihrer unrechtmäßigen Praktiken den sozialökonomischen Aufstieg vom loyalen Mauerblümchen zum systemtragenden Oligarchen möglich machen, ja sogar ganze Bevölkerungsgruppen privilegieren, um sie zu korrumpieren; autoritärer Wohlstandes kommt ohne Freiheit und Würde aus. Wohlstand für die Massen sowie rasanten sozialen und ökonomischen Aufstieg verspricht und ermöglicht für zig Millionen das totalitäre Regime in China. Wohlstand kann auch Wladimir Wladimirowitsch jedem seiner Landsleute versprechen, doch wird es ihm nicht gelingen, dieses Versprechen in der Breite einzulösen, denn dem System Putin fehlt die Freiheit, deren Begleitscheinung bekanntlich Wohlstand für die Vielen sein kann – aber nicht sein muß. Festgehalten, also deutlich ausgesprochen werden muß jedoch auch, das gerade und besonders in unserer Gegenwart, in der die Weltordnung nicht zuletzt auf Grund des Vorgehens idiotischer und verbrecherischer Regierungen von Groß- & Supermächten aus den Fugen gerät, von einer berechenbaren Zukunft keine Rede sein kann. Wirtschafts- & Wohlstandswachstums, mag sie dergleichen auch mit dem denkbar besten Willen versprechen, liegen nicht in der Macht unserer Bundesregierung. Die Wah-

rung von Recht und Freiheit jedoch liegt im Bereich der Machtmöglichkeiten einer republikanischen Regierung. Das muß eine Bundesregierung ihren Bürgern sagen und verständlich machen, damit keine falschen Erwartungen an sie gestellt werden, auf die große Enttäuschungen folgen müssen. Uns steht alles Andere als eine Zeit beeindruckenden Wirtschafts- & Wohlstandswachstums bevor, wie sie drei Generationen erlebt haben. Vielmehr leben wir in Zeiten ungewöhnlich ernster Herausforderungen, die an den Grundfesten unseres gesellschaftlichen Zusammenleben rütteln werden. Eben deshalb ist es so notwendig, die zentralen Werte unseres Gesellschaftsvertrages immer wieder klarzustellen.

Unserer Republik jedenfalls geht es vorrangig um Freiheit und Würde. Diese Gesellschaftlichen Ziele, diesen Zweck & Sinn unserer Republik immer wieder zu betonen gehört zum Bohren der dicken Bretter, worin laut Max Weber die Politik als Beruf besteht. Immer wieder muß der Leierkasten die gleiche Leier spielen: Würde und Freiheit, Freiheit und Würde sagt sich so leicht. Es ist jedoch nicht damit getan, die fundamentalen Ideen unseres Zusammenlebens zu beschwören. Immer wieder muß vor den Augen & Ohren der Nation klargestellt werden, daß aus diesen hehren Grundideen das komplexe Geflecht der republikanischen Gesetzgebung sowie der demokratischen Institutionen folgt. Gewalt, von welcher Mehrheit auch immer beansprucht oder von wem auch immer ausgeübt, muß beschränkt werden, um ihren ansonsten unvermeidlichen Mißbrauch einzudämmen sowie Recht und Freiheit zu schützen. Zu diesem Zweck schreibt unser Gesellschaftsvertrag Gewaltenteilung sowie Gewaltenverschränkung vor, deshalb haben in einer Demokratie beispielsweise Richter unabhängig von der Regierung oder gar einer demoskopierte Mehrheiten zu sein, deshalb haben wir ein neben-gegeneinander konkurrierender, ja einander hindernder Institutionen auf verschiedenen politischen Ebenen sowie den zunehmend als „Flickenteppich“ mißverstandenen Föderalismus eigenständiger Länder. Selbstverständlich ist in einem komplexen System konkurrierender Gewalten Bürokratie ebenso unvermeidlich wie unaufhörliche sachliche Unzulänglichkeit & Kritik. Selbstverständlich kann Gewaltenverteilung nicht reibungslos funktionieren, das soll sie auch nicht. Denn die Aufgabe der Republik ist es nun einmal nicht, Macht so effektiv & optimal wie möglich auszuüben, sondern Machtmißbrauch einzudämmen, um der Freiheit der Menschen zweckfreie Spielräume zu ermöglichen. Eine Republik ist kein Konzern, der effektiv marktkonform optimal zu funktionieren hat, um seinen Angestellten unablässig Arbeit und seinen Anteilseignern größtmögliche Renditen abzuwerfen, und dessen unbrauchbare oder mißliebige Angehörige entlassen werden können. Die Angehörigen einer Republik sind unkündbar. Sie sind im Guten wie Schlechten eine Schicksalsgemeinschaft, die trotz andauernder Streitereien aufeinander verwiesen sind und bei aller Unter-

schiedlichkeit zusammengehören. Wie der endlose und unauflösliche gesellschaftliche Streit, der die Republik ausmacht, ineinander greift und funktioniert läßt sich übrigens alles nachlesen im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Auch dieses Nachlesen genügt selbstverständlich nicht. Mit nachlesen ist es nicht getan: zu demokratisch republikanischem Verhalten muß erzogen werden. Jeden Tag muß Alt wie Jung dazu erzogen werden. Ein Vorzüglicher Ort, um die permanente Erziehung zu Freiheit & Würde in Erinnerung zu rufen, wäre vor den Augen & Ohren der Nation die Generaldebatte im Deutschen Bundestag gewesen.

Freitag, 18. September 2026